

Unser aktuelles Interview



Pinochet mißachtet Recht und Demokratie

Am 11. September jährt sich zum zehnten Mal jener Tag, da in Chile der verfassungsmäßige Präsident Salvador Allende durch eine entmenschte Soldateska ermordet wurde. Seitdem hat General Pinochet in diesem Lande ein faschistisches Terrorregime errichtet, das massenhaft elementare Menschenrechte gegen den erbitterten Widerstand des gequälten Volkes verletzt und das die weltweiten Proteste demokratischer Kräfte und offizieller internationaler Institutionen mißachtet.

Dr. Gerhard Steffens führte zu einigen aktuellen Fragen das nachfolgende Gespräch mit dem ehemaligen Justizminister der Regierung der *unidad Popular*, Sergio Insunza, dem jetzigen Präsidenten des Büros „Antifaschistisches Chile“ in der DDR. Die Darlegungen des chilenischen Politikers stellen eine bedeutende Ergänzung seiner bereits in der „Neuen Justiz“ veröffentlichten Entlarvungen der Pinochet-Junta (vgl. NJ 1979, Heft 3, S. 118 f., Heft 10, S. 448 ff.) und ihrer das Recht und die Demokratie mißachtenden Praktiken dar.

Genosse Präsident, vor vier Jahren äußerten Sie sich in unserer Zeitschrift zur permanenten Verletzung der Menschenrechte durch das faschistische Terrorregime unter Diktator Pinochet. Inzwischen bekam Chile nach einer „Volksabstimmung“ eine neue Verfassung. Wie hat sich seitdem die Lage in Ihrem Lande entwickelt?

Mit der Volksabstimmungsfarce im September 1980 wollte Pinochet eine demokratische Legitimation für sein Regime. Dieses Vorhaben war zu durchschauen, aber die Praxis seit dem Inkrafttreten der Verfassung am 11. März 1981 entlarvt ihn weiterhin und permanent als faschistischen Diktator. Ich möchte dazu einige Fakten nennen.

Die derzeitige Verfassung gliedert sich in zwei Abschnitte. Teil I regelt sog. Grundsatzfragen. Der II. Teil hingegen öffnet durch seine speziell eingeräumten „zeitweiligen Verfügungen“ der Diktatur Tür und Tor.

So gilt Pinochet zunächst bis 1989 als verfassungsmäßig bestätigter Präsident. Tritt er dann nicht von selbst zurück, kann er durch einen neuen Volksentscheid auf Vorschlag der Regierungsjunta weitere acht Jahre bis 1997 im Amt bleiben.

Durch Verfügung ist festgelegt, daß der Nationalkongreß — nach Teil I der Verfassung die höchste Volksvertretung des Landes — erstmals im Jahr 1990 einberufen wird und daß bis dahin das Parlament durch die Militärjunta „vertreten“ wird. Politische Parteien bleiben solange verboten, bis sie durch Gesetz zugelassen werden.

Pinochet hat sich außerordentliche Machtbefugnisse übertragen lassen. So kann er jederzeit verkünden, daß der „innere Frieden“ in Gefahr sei (Art. 24 der Übergangsbestimmungen) und der Ausnahmezustand herrscht. Das geschieht nun permanent alle 6 Monate!

Der Diktator kann der Junta mißliebige Personen bis zu 20 Tagen festnehmen, ohne sie je einem Richter vorzuführen, er kann die Staatsbürger im Lande vertreiben, d. h. sie praktisch in andere entfernte Orte verbannen; ja, er kann die Bürger gänzlich des Landes verweisen, und er kann schließlich jeder beliebigen Person den Zutritt — und damit vor allem vielen chilenischen Staatsbürgern die Rückkehr in ihr Heimatland — verbieten.

In diesen Fragen hat er unbeschränkte Macht. Nur der Diktator selbst kann getroffene Entscheidungen dieser Art korrigieren. Pinochet hat weiterhin das Recht, Versammlungen zu verbieten und die Pressezensur auszuüben.

Gibt es dazu Beispiele?

Aber ja, ich könnte viele nennen. Im September vergangenen Jahres trafen sich im Süden Chiles die Getreideproduzenten, um über ihre zunehmend größer werdenden ökonomischen Schwierigkeiten zu beraten. Der Organisator der Zusammenkunft, ein gewisser *P o d l e c h*, wurde durch Pinochet kurzerhand des Landes verwiesen. Ebenfalls ausgewiesen wurden der Präsident der Bauarbeitergewerkschaft, *Cuevas*, und der Führer der nationalen koordinierenden Gewerkschaftsorganisation, *B u s t o s*. Beim Verbot von Druckerzeugnissen (Bücher und Zeitschriften) wird in der Regel nicht einmal die Begründung bekannt. Davon wurden letzgens z. B. betroffen die Schriftsteller *M. Pacheco* — er ist Präsident der chilenischen Menschenrechtskommission — und *I. Edwards*, ein ehemaliger Diplomat der Regierung Allende.

Die Gerichte tolerieren in diesem Zusammenhang Gesetzesverstöße. Das belegt das verfassungswidrige Verbot der Zeitschrift „APSI“. Der schon erwähnte Art. 24 der Verfassung (Teil II) läßt Verbote dieser Art nur für Neuerscheinungen nach Inkrafttreten der Verfassung zu. Das traf nicht für „APSI“ zu, die schon viele Jahre vor 1981 erschien. Das angerufene Gericht entschied dennoch für das Verbot im Sinne der Junta. Sie sehen, seit dem 11. März 1981 setzt Pinochet seine Diktatur fort — nun aber unter der Fahne der Verfassungsmäßigkeit.

Fakt ist, daß 1982 in Chile 1 789 neue Verhaftungen aus politischen Gründen erfolgten. Nur 100 der Inhaftierten beklagten öffentlich, während der Haft gefoltert worden zu sein. Mit Sicherheit wagt eine größere Zahl aus Angst vor weiteren Mißhandlungen sich nicht ebenfalls zu dieser Anklage.

Ebenfalls 1982 wurden 17 Patrioten durch die Sicherheitskräfte Pinochets ermordet. Der Führer der Gewerkschaft der öffentlichen Dienste, *Tucapel Jimenez*, wurde im vergangenen Jahr enthauptet und mit deutlichen Spuren von Folterungen aufgefunden. Natürlich schweigt die Junta zu solchen Fällen.

Derzeitig leben mehr als eine Million Chilenen außerhalb ihrer Heimat. Davon haben 35 000 ausdrückliches Rückkehrverbot. Das ist skandalös! Es hagelt Proteste. Pinochet wollte offenbar sein Gesicht „kosmetisch“ aufbessern und setzte eine Kommission zur Prüfung der Rückkehrverbotsfälle ein. Vor fünf Monaten nun gab dieser „Menschenfreund“ zwei Listen heraus und — bitte beachten Sie — er räumte darin 200 Personen die Möglichkeit einer Rückkehr nach Chile ein.

Also, ich fasse zusammen. Es hat sich im Chile Pinochets